

Treffen des Bundesnetzwerks der Beschwerdestellen am 13.05.2013 in Berlin

Vorsitz: Karin Haehn, Ruth Fricke, Lothar Schlieckau

Protokoll: Darina Koch

Teilnehmende:

Rolf Bartels (Verein der Beschwerdestellen in Schleswig-Holstein e.V.), Christoph Donath (Bielefeld), Ruth Fricke (Unabhängige Beschwerdestelle Herford), Karin Haehn (Bayerischer Landesverband der Psychiatrie-Erfahrenen), Andrea Hamann (Unabhängige Beschwerdestelle Hamburg), Angelika Herrmann (Unabhängige Beschwerdestelle München), Birgit Hopp (Unabhängige Beschwerdestelle Hildesheim), Bernd Kreißig (Unabhängige Beschwerdestelle Dresden), Wilhelm Lübbe (VPE Hannover), Petra Rossmann (BIP Berlin), Jutta Rutsch (Braunschweig), Lothar Schlieckau (Beschwerdeannahme- und Vermittlungsstelle Hannover), Thomas Schneider (Unabhängige Beschwerdestelle Hildesheim), Ursula Stöckle-Breitenbach (Beschwerdestelle Main-Kinzigkreis), Stefan Weigand (BIP Berlin)

Begrüßung, Protokoll der letzte Sitzung und aktuelle Tagesordnung:

- Am Protokoll der letzten Sitzungen sind folgende Änderungen nötig:
 - der Hamburger Verband wurde 2006, nicht 2009, gegründet
 - die Starnberger Beschwerdestelle wird nicht durch den Landesverband Psychiatrie-Erfahrener gefördert
- Die Tagesordnung des aktuellen Treffens wird wie folgt ergänzt/geändert:
 - Vorstellungsrunde wird mit Berichten aus der Arbeit der regionalen Beschwerdestellen verknüpft
 - Vorstellung der Internetstatistik durch Herrn Donath wird aufgenommen
 - Ergebnisse des Kongress „Armut und Gesundheit“ werden vorgestellt

TOP 1: Vorstellungsrunde mit kurzen Berichten aus der Arbeit der regionalen Beschwerdestellen

- Dresden: Beschwerdestelle noch nicht existent, jedoch im Aufbau; bisher Bearbeitung einiger weniger Fälle von privat
- Schleswig-Holstein: zehn trialogisch besetzte Beschwerdestellen in den Landkreisen, beinahe flächendeckend, Finanzierung durch das Bundesland (geringe Förderung für PR-Arbeit) und über Mitgliedsbeiträge, Mitarbeit jedoch ehrenamtlich, e.V. ist der Dachverband: hier keine persönliche Beratung, sondern Weitergabe an Regionalverbände; Beschwerdeschwerpunkte: Betreuungsverfahren/Unterbringung nach BGB, Unzufriedenheit mit Leistungen der Betreuer
- Hamburg: 11 aktive ehrenamtliche Mitarbeiter/innen (davon 2 Jurist/innen), Finanzierung über Spenden und Mitgliedsbeiträge, Erreichbarkeit über Anrufbeantworter und E-Mail, 1x monatliche Beschwerdesprechstunde oder bei Bedarf, ca. 35 Fälle in 2012; zukünftiges Ziel: grundsätzliche Konzeptualisierung der Arbeit und Systematisierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Braunschweig: trialogische Beratungsstelle, Finanzierung durch die Stadt, ca. 20 Fälle pro Jahr, am häufigsten telefonische Beratung, verzeichnen Zunahme von Beschwerden in stationären Einrichtungen
- Hannover: Gründung 2006 durch Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige, Mitarbeiter/innen: Geschäftsstelle bei Psychiatrie-Koordinator, 6 Ehrenamtliche, 2 freie Anwälte (einer vom JobCenter), Finanzierung über kommunale Körperschaft; 50-70 Beschwerdeführer/innen pro Jahr, Inhalte der Beschwerden häufig klinische Behandlung, Zwangsunterbringung und JobCenter-Angelegenheiten. Kleinere Probleme werden bei Anfrage auch vom Verband Psychiatrie-Erfahrener bearbeitet
- Starnberg: Frau Haehn gab die Tätigkeit im Beirat der Konfliktstelle Psychiatrie auf, da aus ihrer Sicht keine Unabhängigkeit mehr gewährleistet werden konnte

- Herford: seit 2000 (Gründung 1994), 2 Sprechstunden pro Woche, Nutzung der Räumlichkeiten anderer Einrichtungen nach deren Schließzeiten; Ziel in der Regel abschließendes Klärungsgespräch mit dem Vorgesetzten, ca. 5-6 Fälle pro Jahr
- München: seit 2013 vom Bezirk in geringem Maße gefördert, Beschwerdestelle wird getragen von Psychiatrie-Erfahrenen und Angehörigen, Erreichbarkeit telefonisch und per E-Mail, Bearbeitung von 30-40 Fällen pro Jahr
- Main-Kinzig-Kreis: seit 2008, nach Zielvorstellungen trialogisch besetzt; z.Zt. jedoch keine Angehörigen, 10 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die in fünf Teams arbeiten, Erreichbarkeit telefonisch mit Anrufbeantworter, Gesamttreffen alle 4-6 Wochen, bei Bedarf auch häufiger; seit Arbeitsaufnahme 2008 ca. 80 Beschwerden
- Hildesheim: seit 2010, Erreichbarkeit in wöchentlich stattfindender Sprechstunde, per E-Mail und Handy (24 Std. geschaltet), persönliche Beratung (telefonisch nur Terminabsprache), Gesamttreffen der Mitarbeiter zur Vergabe der Bearbeitungsfälle 1x im Monat, betreiben viel Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 30 Beschwerdefälle in 2012 + Informationsgespräche
- Berlin: gesonderte Vorstellung unter TOP 3

TOP 2: Vorstellung der Internetstatistik

Christoph Donath berichtet über die Inanspruchnahme der Homepage des Netzwerks der Unabhängigen Beschwerdestellen: über 7.000 Besucher/innen der Website (etwa 1000 wiederkehrend), am häufigsten wird die Seite über den Suchzugriff durch Suchmaschinen wie *google* besucht, Direktzugriffe sind selten. Führend: Berlin, Hamburg, München. Beschluss: Auswertung deutschlandweit und nach Bundesländern aufgeschlüsselt wird dem Protokoll angehängt.

TOP 3: Vorstellung der Arbeit der Berliner Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie

- Träger: Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.; Förderung durch den Berliner Senat (jeweils auf ein Jahr befristet)
- trialogisches Team dreier hauptamtlicher Mitarbeiter/innen
- Angebot: vier Tage/Woche Öffnungszeiten *und* telefonische Erreichbarkeit über AB; Termine auch nach Vereinbarung möglich; auf Anfrage auch mit Dolmetscher
- Weitere Angebote: Rechtsberatung (zwei-wöchentlich), Arztsprechstunde, Angehörigen-Sprechstunde, Betroffenen-Sprechstunde (jeweils monatlich)
- In 2011 Bearbeitung von 468 Fällen; häufigste Themen: medizinische Behandlung und Unzufriedenheit mit Leistungsqualität
- Die BIP betreibt derzeit keine aktive Öffentlichkeitsarbeit; Zulauf wäre sonst personell nicht bewältigbar
- Weitere Informationen in der BIP-Präsentation in der Anlage

TOP 4: Ergebnisse des Kongresses „Armut und Gesundheit“ und Kontaktgespräch Psychiatrie

Petra Rossmann berichtet über die Ergebnisse der Veranstaltung "Beratung und Beschwerden - Zugang für Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige" auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“. UPD erreicht hauptsächlich die Mittelschicht (wenig ALG-Empfänger/innen, wenig Rentner/innen) und kaum Psychiatrie-Betroffene – Sinnhaftigkeit der unabhängigen Beschwerdestellen damit belegt, entsprechender Bedarf wurde auf der Veranstaltung auch vom BMG bestätigt. Weitere Informationen zur Veranstaltung in der Anlage.

Am 18.10. findet das verbandsübergreifende Kontaktgespräch Psychiatrie statt, dort könnte auf Vorschlag von Frau Sauermann (Psychiatriereferentin Parität-Gesamtverband) auch ein politischer Forderungskatalog der Beschwerdestellen zum Thema gemacht werden. Frau Fricke und evtl. Frau Rossmann werden teilnehmen. Zu diesem Zweck Zurateziehen des Grundsatzpapiers des Bundesnetzwerks und evtl. Ausarbeitung neuer Punkte per E-Mail;

mögliche Forderungen: in jeder Region eine Beschwerdestelle, deutschlandweit einheitliche Regelungen und Finanzierungen wie UPD über Krankenkassen

TOP 5: Aussprache zur Begriffsdefinition „Unabhängigkeit bei Beschwerdestellen“

Frau Haehn hat ihr Ehrenamt niedergelegt, da sie die Unabhängigkeit von Beschwerdestellen gefährdet sieht, wenn die jeweiligen Bundesländer bzw. Bezirke diese Stellen finanzieren. Es werden die Thesen von Frau Haehn sowie mögliche damit einhergehende Probleme und Schwierigkeiten diskutiert:

- Beschwerdestellen müssen mindestens einen Schritt vor der psychiatrischen Versorgung installiert sein
- Schwierigkeit von Beschwerdestellen gerade im ländlichen Raum, wo jede/r jede/n kennt und sich bestimmte Vorgänge oft sehr schnell herumsprechen -> Anonymität schwer aufrecht zu erhalten
- Geld und Arbeitsaufträge: mögliche Schwierigkeiten, wenn Bezirke psychiatrische Einrichtungen UND Beschwerdestellen finanzieren / Ist Unabhängigkeit möglich, wenn finanzielle Förderung vorhanden? Bedeutet Finanzierung Verlockung/Korruption oder Aufwertung und Anerkennung von Ehrenamt?
- Positive Aspekte: wenn Förderung durch öffentliche Stellen, dann ggf. durchsetzungsfähiger durch politischen Rückhalt, Öffentlichkeitsarbeit führt zu anderem Umgang und Bewusstsein
- Wie kann man die Selbstverständlichkeit von Beschwerden bestärken? (noch immer Angst vor Sanktionen bei den Beschwerdeführern und große Unsicherheit über die Konsequenzen einer solchen Beschwerde)

Nächster Termin:

Dienstag, 12.11.2013

**(an dem ursprünglich anvisierten Termin 13.11. stehen die Räume nicht zur Verfügung)
in München**

Selbsthilfezentrum München

Westendstr. 68

80339 München

Anlagen:

- Auswertung der Internetstatistik
- Präsentation: Berliner Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie
- Bericht zum Kongress „Armut und Gesundheit“